

Die Zimmerei

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmerei“ beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Wobesstr. 2-5.
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Jammer strebe zum Ganzen und fannst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einsenden. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei, Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Sind die Löhne zu hoch?

Von Professor E. Lederer, Heidelberg.

In einem vielbeachteten Vortrag, den Professor Pigou vor kurzem über das Lohnproblem hielt, warf er die Frage auf, ob nicht die hohen Löhne in England die Ursache der Krise seien. Mit einer benedictinischen Sicherheit suchte er die ökonomische Gesamtlage auf eine Formel zu bringen. Bei der Ähnlichkeit, welche die deutsche Wirtschaftslage mit der englischen zeigt, empfiehlt es sich, diese Formel auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Professor Pigou, einer der bedeutendsten englischen Nationalökonomien, geht von dem unbestreitbaren Satz aus, daß die „nationale Dividende“ oder, wie wir zu sagen pflegen, das Sozialprodukt, die absolute Grenze für die Einkommensbildung sei. Wir können sogar weiter gehen und sagen, daß die Gesamteinkommen der Volkswirtschaft, soweit sie in den Verbrauch übergehen, bei wachsender Bevölkerung auch nicht das ganze Sozialprodukt erschöpfen sollen. Denn wäre das der Fall, würde der Gesamttrag der Arbeit von Jahr zu Jahr verdrängt, so wäre es nicht möglich, für die vermehrte Bevölkerung Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen. Der Bevölkerungszuwachs müßte also in den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben untergebracht werden, welche schon bisher voll besetzt waren, d. h. der Gesamttrag der Arbeit müßte, auf den Stoff gerechnet, sinken. Bei wachsender Bevölkerung ist also auch eine entsprechende Kapitalneubildung zur Aufrechterhaltung des Lebensfußes der Bevölkerung erforderlich. Nur über die Vermehrung des Sozialproduktes kann die Steigerung der Lebenshaltung und daher die Steigerung der Reallöhne gehen. Erfolgt eine solche Steigerung des Sozialproduktes nicht, werden nicht mehr Lebensmittel, mehr Textilwaren erzeugt, werden nicht mehr Häuser gebaut usw., so ist eine Erhöhung der Löhne nicht möglich. Die Lebenshaltung der Massen kann nicht steigen, ebenso kann eine Verringerung im Verteilungsschlüssel der Klassen keine wesentliche Verringerung bringen. Der Luxuskonsum sei zu unbedeutend, um den Lohn „auch nur um einige Schilling“ zu erhöhen — ein Gesichtspunkt, den schon Lassalle in seiner berühmten Rede über die Bedeutung der indirekten Steuern hervorgehoben hat, und der auch heute noch, wenngleich nicht abgeschwächt, gilt.

Pigou sagt nun, da das Sozialprodukt beschränkt ist, müssen wir „unseren Rock nach dem Tuche zuschneiden“, wir müssen jede Wirtschaftspolitik ablehnen, welche das Sozialprodukt noch verkleinert. Daher sind alle Monopole und Kartelle, welche ihre Gewinne durch Einschränkung der Produktion erzielen oder vergrößern, zu verwerfen. Denn diese Einschränkung der Warenproduktion verringert den Konsumfonds. So weit, so gut. Pigou fügt hinzu, daselbe gilt von den Gewerkschaften. Insofern diese einen Lohn erzwingen mit Rücksicht auf gewisse Anforderungen für die Lebenshaltung, und insofern sie sich nicht mit dem „ökonomischen Lohn“ zufriedengeben, d. h. einem Lohn, der gestakkt die Gesamtheit der Arbeiter zu beschäftigen, so wird auch das Sozialprodukt verkleinert werden. Und Pigou glaubt, kurz gefaßt, daß der größte Teil der Arbeitslosigkeit in Großbritannien auf eine solche erzwingende, durch die Gewerkschaften festgehaltene Lohnbildung zurückzuführen ist.

Ist aber kein Unterschied zwischen der Preiserhöhung und der Lohnerrhöhung? Zwischen der Politik des Kartells und der Gewerkschaft? Wenn das Kartell eine Einschränkung der Produktion durchführt, um die Preise zu erhöhen, so ist damit in der Tat die „nationale Dividende“ geschmälert. Wenn die Vereinigten Stahlwerke in Deutschland jetzt die Produktion auf 65 Prozent ihrer Kapazität festgesetzt haben (schon seit vielen Monaten), so ist in der Tat damit eine Senkung der nationalen Dividende gegeben. Wenn nun die Löhne steigen, so müssen viele Unternehmungen mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Aber wie oft haben wir gehört, daß der private Unternehmer elastisch ist, daß er sich allen Bedingungen des Marktes anpassen weiß. Die Erhöhung des Lohnes bedeutet für ihn nicht mehr als die Steigerung des Rohstoffpreises oder des Kohlenpreises. Sie zwingt ihn dazu, seinen Betrieb zu rationalisieren, sie stärkt die besseren Betriebe, sie beschleunigt den technischen und kommerziellen Fortschritt.

Selb, die Porzellanstadt.

Die Porzellanstadt Selb beginnt am 3. und 4. Juli 1926 ihr fünfzehnjähriges Stadtjubiläum. Dieser Anlaß war für die Selber Porzellanindustriellen eine günstige Gelegenheit zur Propaganda für ihre Erzeugnisse. Sehr geschickt wurde dabei verfahren. Kein Stadtjubiläum wurde in der Öffentlichkeit so beachtet, weil wohl nirgends eine so enge Verbindung mit einer weltbekannten Industrie vorhanden war, wie es bei Selb und der Porzellanindustrie der Fall ist. Die Beachtung verdient Selb schon.

Nicht das Historische dieser Stadt stand im Mittelpunkt der an sich lokalen Feier, sondern das Gegenwärtige. Die Porzellanindustriellen hatten eine Porzellanausstellung damit verbunden. Wie sie gab der Veranstaltung das Gepräge. Sie fand Anklang und wird auch die erhofften günstigen Auswirkungen für Selb bringen; denn die Pressevertreter der größten deutschen Zeitungen haben auch der Ausstellung einen Besuch abgestattet. Die Selber Porzellanindustrie hat damit die Würdigung verdient, die sie haben muß und die ihr gebührt.

Wenn das Fachblatt der Porzellanarbeiter noch einmal zu den Selber Veranstaltungen Auslassungen bringt, so deshalb, weil für die Porzellanindustrie eine so große örtliche Porzellanausstellung ein Ereignis ist, das nicht oft vorkommen wird. Wie bei allen großen Anlässen die Aufmerksamkeit wach und manche Schattenseiten verdecken muß, so war es auch bei dieser, und wie bei dergleichen Feierlichkeiten gern geredet wird, so war es auch bei der Eröffnung der Porzellanausstellung in Selb. Erzählen wir es hübsch der Reihe nach.

Was die Pressevertreter nicht erfahren.

Am Tage vor der offiziellen Eröffnung der Porzellanausstellung statteten eine Anzahl Pressevertreter der Porzellanausstellung und einigen Porzellanfabriken einen Besuch ab. In den Betrieben sahen sie beileibe nicht die nackte Wirklichkeit; denn Schmuckstücke wurden geputzt, und, wo es nicht mehr möglich war, schon verdeckt. In einem Werk mußten die Maler ihre

Wie kann man also diese Wirkung vergleichen mit derjenigen des Kartells, welche bewirkt die Entfaltung der Produktion hemmen? Dem Konsumenten bleibt bei sinkender Produktion nichts übrig, als seinen Konsum einzuschränken. Die Politik der Kartelle amputiert das Sozialprodukt. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften aber hat die Tendenz, die Produktion der Gesamtwirtschaft zu steigern.

Übersteht denn Pigou, daß eine Lohnerrhöhung zugleich mit dem Antriebe für eine Verbesserung der Produktion, für eine zweckmäßigere Gestaltung des technischen Prozesses, eben in der gesteigerten Marktnachfrage auch den Markt schafft, welcher die Produktion wieder aufnehmen kann, während eine Einschränkung der Produktion durch das Kartell eben definitiv ist? Eine jede Erhöhung der Produktion kann zugleich ein Motor für die Steigerung und ebenso für die Verbesserung der Produktion sein, eine jede Monopolorganisation als Ausdehnung der freien Konkurrenz hingegen schafft nur relativ günstige Bedingungen und zerstört oder schwächt daher den Antriebe zur Produktionsverbesserung. Besonders gilt das vom Kartell, welches auch die schlechteren Betriebe mitschleppen trachtet.

Natürlich, diese Wirkung höherer Löhne gilt nicht unbeschränkt. Würden die Löhne sehr rasch und zu hoch steigen, so würde die Produktion plötzlich eingeschränkt werden müssen. Dann würde aber die große, ja katastrophale Arbeitslosigkeit zu einer Senkung der Löhne zwingen. Und hier ist darauf gefaßt, daß das Monopol keine Macht nicht überspannen kann, abgesehen von der Konkurrenz der verwandten Betriebe, welche ja immer in gewissem Grade wirkt.

Wenn also Pigou sagt, die Höhe der Löhne müsse sich durch die Gesamtsumme der Produktion bestimmen, so ist damit das Problem keineswegs erschöpft, denn wonach bestimmt sich wieder die Gesamtsumme des Sozialproduktes? Da beginnt doch erst die Frage! Und wir sehen heute nur soviel, daß die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten keineswegs ausgenutzt werden, daß die modernsten und leistungsfähigsten Betriebe selbst zur Einschränkung gezwungen sind (oder sich freiwillig durch Organisation dazu zwingen). Nach den Thesen Pigous selbst könnte doch eine Verminderung der Warenproduktion nur die Folge eines zu großen Konsums der Arbeiterchaft sein, welcher die Kapitalisierung verhindert oder verlangsamt, oder den Konsum der übrigen Schichten broffelt und deren Produktionsfähigkeit lähmt. Nichts davon ist der Fall. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten stammen alle aus verfehlter Disposition über die Produktionsmittel (Folge des Krieges und der Inflation!) und aus mangelnder Kaufkraft, sowie schlechter Organisation der Erzeugung.

Da die Produktionsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften (von Rußland abgesehen) im wesentlichen nicht geringer ist als vor dem Kriege, da in überraschender Weise gerade die Landwirtschaft sich sehr schnell erholt hat, da die Produktionsanlagen der Industrie im großen und ganzen eine wesentliche Vergrößerung erfahren haben, so sind alle Voraussetzungen für die Vorkriegslebenshaltung gegeben. Das ist ein überraschendes Ergebnis angesichts der schweren Beschränkungen des Krieges, aber ein Ergebnis, das nicht mehr angezweifelt werden kann. Und das schließlich seine Erklärung in den langen (beinahe 10) Jahren des Krieges und der Inflation findet, in denen durch „erzwungenes Sparen“, durch niedrige Reallöhne die Kriegsschulden erstickt wurden. Wenn daher trotzdem Schwierigkeiten in der Produktion vorhanden sind, so liegen sie auf dem Felde der Organisation. Sie könnten durch Vorkürzungen höchstens partiell überwunden werden. Und die Arbeiterchaft hat keine Veranlassung, die Schwierigkeiten der Umstellung auf ihre eigenen Schultern zu nehmen. Sache der Unternehmer und ihrer Organisation ist es, das Sozialprodukt wieder auf die notwendige Höhe zu bringen und für richtige proportionale Erzeugung zu sorgen. Je länger dieser Prozeß dauert, um so mehr zeigt sich, daß die privatkapitalistische Wirtschaft nicht imstande ist, ihre eigene Maschine zu beherrschen.

Plätze mit Papier belegen und bekamen Stücke fertiger Tafel- service auf den Tisch gestellt, damit es recht sauber und hübsch aussehen sollte. Daß gar nicht an den Services gearbeitet wurde, sahen die Vertreter nicht. Sie erfuhren auch nicht, daß die Maler die Ausstellungsstücke im Akkord herstellen mußten und dabei 30 Pfennig Stundenlohn erhielten.

Ja, wenn es um Arbeitslöhne geht, fehlt manchem Selber Industrievertreter die sonst bekannte Großzügigkeit.

Die Eröffnung der Porzellanausstellung.

Wenn Ausländer die Ausstellung besuchen — die Selber Porzellanindustrie ist zu 60 Proz. auf das Ausland angewiesen — werden sie vergeblich nach dem Hoheitszeichen des deutschen „Vaterlandes“ Umschau gehalten haben. Die Reichsfarben wurden am Ausstellungsgebäude ängstlich vermieden. Nur die Land- besfarben waren zu sehen. Die Ausstellungsleitung verhielt sich also neutral. Ein prächtiges Musikstück kam zum Vortrag. Dann wurden Reden gehalten. Es sprachen aber nicht die an der Porzellanausstellung zunächst Beteiligten, sondern mit einer einzigen Ausnahme nur Neutrale. Arbeitervertreter konnten weder bei den Vorbereitungen, noch bei der Eröffnung in Wirklichkeit treten. Die Vertreter der Arbeiter und die der Industrie waren nur stille Zuschauer. Die Neutralität ist doch zu etwas gut.

Die Reden waren Lobeshymnen, und sogar die Arbeiter- schaft wurde darin manchmal mit erwähnt. Sie kann sich also nicht beklagen. Ihrer wurde von den neutralen Rednern schon gedacht, sogar von einer leidenschaftigen Exzellenz.

Das Porzellanmuseum.

Die Exzellenz, der politische Regierungsvertreter des Reiches Oberfranken, brachte in ihrer Rede auch den Wunsch zum Ausdruck, die Porzellanausstellung möchte der Anfang zur Gründung eines Porzellanmuseums in Selb sein. Ob dieser Gedanke im eigenen Kopfe reifte, oder ob er nur angeregt war, als glücklich kann er nicht bezeichnet werden. Soviel der Stadt Selb als Porzellanstadt Ruhm gepöndt werden muß, als Stadt des Porzellanmuseums kann sie doch nicht in Frage kommen.

Für ein Porzellanmuseum gäbe es glücklichere Orte, und vor allem solche, die verkehrstechnisch besucht werden könnten. Bei Selb bestehen in dieser Hinsicht Mängel, und auch sonst fehlt in Selb manches, was eine Porzellanmuseumsstadt bieten müßte.

Im Interesse des Porzellans wäre zu wünschen, wenn die Exzellenzanregung unberücksichtigt bliebe.

Die Porzellanausstellung.

Die Porzellanausstellung in Selb ist sehr vielseitig und reichhaltig. Sie bietet nicht nur Schönheiten für das Auge, sondern vor allem Lehrreiches für den Praktiker, weil die Erfahrungen der Porzellanfachsleute Selb mit ausgestellt sind. Die Porzellanfabriken von Oberfranken und der Oberpfalz hatten alle Anstalten, nicht nur ihre Angestellten auf eigene Kosten zur Ausstellung zu schicken, sondern auch ihre Betriebsräte und sonstige regame Kräfte. Es ist gerade der zweite Osten der Fach- schule im Dan, in dem Schönwalder Stipproste eingebaut werden, auch sonst läßt sich der ganze Porzellanbetrieb mit allen Einzelheiten sehr gut beobachten. Bei dieser Gelegenheit soll auch erwähnt werden, daß den Schönwalder Stipproste ein Brenner er- funden hat.

Wissens- und sehenswert ist also die Ausstellung vom Roh- stoff, seiner Verarbeitung bis zu dem künstlerisch vollendeten Erzeugnis. Die Porzellanschirme, die elektro-technischen und chemisch-technischen Erzeugnisse, die Bier- und Kunstgegenstände, sind sehr gute Qualitätsarbeit. Sogar einige neuartig gestaltete und dekorative Gebrauchsdienste wurden mit ausgestellt. Man kann sie als gelungen bezeichnen. Erreicht wäre es, wenn man feststellen könnte, daß auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Maßstab der Qualität der Erzeugung bewertet würden.

Aber eins fehlt bei der schönen Ausstellung doch, und zwar die Angaben über die Preise bei der Herstellung und die Gewinnanteile der Unternehmer sowie der Händler. Derartige An- gaben würden erst das Bild abrunden.

Vom Dramrum der Ausstellung.

Bei einigen Porzellanfabriken und bei einigen Porzellan- fabriksbetreibern fiel auf, daß sie auf die Kennzeichnung ihrer poli- tischen Gesinnung durch Heraushängen deutscher nationaler Partei- fahnen zu großen Wert legten. Anscheinend wollten sie zum Aus- druck bringen, daß sie auch nur Kunden ihrer Gesinnung wün- schen, also keine „neutralen“, und vor allem keine republikani- schen. Die Arbeiter hätten demgegenüber besser getan, ihre roten Parteifahnen mehr in den Vordergrund treten zu lassen.

Anderswärts soll die „Bast“ auch etwas Feid erweckt und ein- zeln Direktoren impulsiv angeregt haben. Spontan entwickelten sich daraus Umschnäurer für die „Ober“. Ein Direktor soll dabei für einige Tage sogar seine wichtigste Tätigkeit, die „Schnap- per“ in den Aborten zu überraschen und fristlos zu entlassen, ver- lassen lassen. So brachte die Ausstellung sogar für Direktoren etwas Aufregung. Hoffentlich gehen auch die einzelnen Fachkräfte nicht blind an der Ausstellung vorbei, und lernen zeitgemäßere Anschauungen und Anforderungen kennen, damit sie nicht zu stark an vergehenden Techniken hängen bleiben, wie Privatarbeiten er- kennen ließen. Die Industrie braucht Anregungen für die Zu- kunft. Mögen sie ihr in frischerer Art gegeben werden.

Damit soll keineswegs das Gute in den Hintergrund ge- drängt werden.

Mögen die Arbeiter die Ausstellung besuchen und sich selbst davon überzeugen, daß Gewerkschaften von Neuem abgelöst werden muß, mögen sie nicht verabsäumen, sich das Nichtgute zu holen für ihre Mitwirkung und Mitbestimmung im Produktionspro- zess, dann steigt ihr Einfluß, und in nicht allzukerner Zukunft werden sie als Gleichberechtigte auch bei solchen Anlässen an- erkannt werden müssen. C. M.

Vierte Sitzung des Bundesauschusses des ADGB in Düsseldorf.

Der Bundesvorstand hat zur Sitzung des Bundesauschusses diesesmal die Verbandsvorstände am 9. und 10. Juli nach Düsseldorf eingeladen.

Im nachfolgenden geben wir einen Bericht über die über- aus eindrucksvolle Tagung und bringen die dabei angenommenen Entschlüsse zur Kenntnis unserer Mitglieder.

Leipart eröffnet die Tagung und begrüßt die zum ersten Male zu einer Sitzung des Bundesauschusses erschienenen Ver- treter der Behörden. Die Gewerkschaften mußten Wert darauf legen, daß vor allem die Vertreter der interessierten Arbeit- sbeholder nicht nur alle drei Jahre einmal, zu den Gewerk- schaftskongressen, die Gäste der Gewerkschaften sind, sondern daß auch außerdem in bringenden Fällen Gelegenheit geboten werde zu einem Meinungsaustausch zwischen den Beauftragten der organisierten Arbeiterchaft und den Vertretern der Regierung. Eine solche Gelegenheit werde sich in Zukunft öfter bei den Bun- desauschüssen bieten. Leipart begrüßt im einzelnen den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und den als Ver- treter des Reichsarbeitsministers erschienenen Ministerial- direktor Dr. Weigert, den Präsidenten der Reichsarbeits- verwaltung Dr. Spruy, den Regierungspräsidenten Berg- mann, der zugleich den Oberpräsidenten vertritt, dann den Landesobermeister der Stadt Düsseldorf Dr. Lehr und den Landeshauptmann Dr. Horion sowie Professor Dr. Schloch- mann, den Leiter der Geologie.

Damit der wesentliche Zweck der gegenwärtigen Tagung des Bundesauschusses deutlich in den Vordergrund rücken möge, schlägt Leipart vor, den Bericht des Bundesvorstandes zurück- zuschicken und sofort mit der Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Die Lage des Arbeitsmarktes und die Er- werbslosenfürsorge“ zu beginnen. Die Gewerkschaften haben, fügt Leipart hinzu, längst auf die Dringlichkeit des Problems der Arbeitslosigkeit hingewiesen, aber nun beschäftigt sich in letzter Zeit die gesamte Öffentlichkeit mit außerordentlichem Eifer mit dieser Frage, worin ein Zeichen dafür zu erblicken sein dürfte, daß die Erkenntnis vom Ernst der Lage des Arbeitsmarktes sich verbreitet. Der Bundes- vorstand werde bei dieser Gelegenheit über seine Bemühungen in dieser Frage berichten. Leipart weist dann darauf hin, daß die große Ausstellung der Stadt Düsseldorf bestimmt war für die Wahl des Tagungsortes. Aber nicht nur Schaulust führe die Vertreter der Gewerkschaften zur Ausstellungstadt, sondern der Bundesauschuss will durch seine Anwesenheit das starke Interesse der Gewerkschaften am Gegenstand dieser Ausstellung

betunden und zugleich die Größe der Arbeiterschaft der Stadt Düsseldorf und der Ausstellung übermitteln. Der Bundesauschuss möge zum Zeichen dieses Interesses und zum Ausdruck dieses Grubes folgende Entschliessung annehmen:

Allgemeine Entschliessung.

Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen hat den Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, seine den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und des Unfallschutzes dienende Tagung in Düsseldorf abzuhalten. Der Bundesauschuss begrüßt das großartige und bedeutungsvolle Werk dieser Ausstellung, an deren Entstehen die gleichen Ideen mitgewirkt haben, die auch von den Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft vertreten werden. Körperliche und geistige Gesundheit, sozialer Schutz der Arbeitskraft, Fürsorge für Hilfsbedürftige, alle diese dem Volksganzen dienenden Bestrebungen sind stets auch in den Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften gewesen. Wenn daher der Bundesauschuss das Zustandekommen dieser Ausstellung als einen Beweis der Stärkung dieses sozialen Geistes würdigt, so läßt er zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch in schweren Zeiten dieser Geist nicht verloren gehen wird, sondern daß die Bedeutung des Menschen in der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Erhaltung und Pflege der Arbeitskraft mehr als bisher erkannt werden wird. Nicht zuletzt erwartet der Bundesauschuss diese Erkenntnis von den zuständigen Regierungsstellen und von der parlamentarischen Vertretung, die bei der Verabschiedung sozialpolitischer Gesetze die Verantwortung für des Volkes Gesundheit und Wohlergehen auf sich nimmt.

Die Entschliessung wird vom Bundesauschuss ohne Widerspruch angenommen.

Im Namen der Stadt Düsseldorf und der Stadtvertretung gibt Oberbürgermeister Dr. Lehmann seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Bundesauschuss Düsseldorf als Tagungsort gewählt hat. Zugleich mit dem an den Bundesauschuss gerichteten Gruß der Stadt Düsseldorf spricht der Oberbürgermeister im Namen des Landeshauptmanns die Grüße der Rheinprovinz aus. Der Oberbürgermeister begrüßt es, daß die Gewerkschaften durch ihren Besuch in Düsseldorf auch ihr Interesse für die besondere Lage des besetzten Gebietes abermals zu erkennen geben. Er benützt die Gelegenheit, um zu bestätigen, daß die Stadtverwaltung stets eine feste Stütze in den Gewerkschaften gefunden habe, wenn es galt, die auf die Loslösung deutscher Gebiete vom Reiche gerichteten Bestrebungen abzuwehren, oder nach schweren und niederdrückenden Zeiten Wirtschaft und Verwaltung neu anzuführen. Durch die Schwierigkeit der letzten Jahre habe sich die Anschauung fester verwurzelt, daß ein Wiederaufbau Deutschlands mit sozialem Geist durchgeleitet sein müsse, um zu gelingen. Die Ausstellung bringe diese Gesinnung zum Ausdruck. Den Gewerkschaften gebühre der Dank für ihre Mitarbeit an diesem Werk.

Regierungspräsident Bergmann, der nach dem Oberbürgermeister das Wort ergreift, um den Bundesauschuss zu begrüßen, erinnert an die innigen persönlichen Beziehungen, die er seit langer Zeit zur Gewerkschaftsbewegung hat. Nun seien zu diesen persönlichen Beziehungen starke amtliche Beziehungen hinzugekommen. Er könne sagen, daß diese amtlichen Beziehungen zu den Gewerkschaften wohl stets korrekt, aber nicht immer ungetrübt seien. Es ergeben sich Differenzen durch die sehr schwere wirtschaftliche Lage und durch die Stellung, welche die Behörde gegenüber dem Ringen der sozialen Kräfte und Gegenkräfte einnehmen müsse. Solche Differenzen konnten aber stets ihrer Lösung finden durch das gegenseitige Verständnis für die besondere Lage der Gewerkschaften auf der einen, der Behörde auf der anderen Seite. Auf die Hauptfrage der Tagung, die Arbeitslosigkeit, beschäftigte die Regierung Düsseldorf unausgesetzt; er könne die Versicherung abgeben, daß die Regierung Düsseldorf die Gewerkschaften auf ihrem Wege zur Lösung dieser Frage stets begleiten werde. Er entbiete den Gewerkschaften den Gruß im Namen des Oberpräsidenten wie in seinem eigenen Namen.

Sodann beginnen die Beratungen über die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge.

Hierüber referierte der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes Dr. Broecker.

Im Anschluß hieran hielt der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, Professor Dr. Ahler (Berlin), einen mit großem Interesse entgegengenommenen Vortrag über „Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie“.

Am Schluß der Ausführungen erinnerte Leipart daran, daß der Bundesauschuss in einer früheren Sitzung beschlossen hatte, daß der Bundesvorstand in das Kuratorium des Instituts für Arbeitsphysiologie eintreten und auch einen finanziellen Beitrag leisten solle. Der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat kürzlich beschlossen, an den Ausbau dieses Instituts heranzutreten. Es ist zu diesem Zweck eine Kommission gebildet worden, in der auch der Bundesvorstand vertreten ist. Die Gewerkschaften, die an dem Fortgang der arbeitsphysiologischen Untersuchungen lebhaft interessiert sind, werden sich auch für die Ausgestaltung des Instituts tatkräftig einsetzen.

Der Direktor der Wirtschaftsschule in Düsseldorf, Dr. Seelbach, gab dann einen interessanten Uebersicht über die Tätigkeit und die Einrichtungen der ihm unterstellten Schule.

Im Anschluß an diese Ausführungen erstattete dann Leipart den Bericht des Bundesvorstandes über seine Tätigkeit in den abgelaufenen Monaten. Zunächst ging er in längeren Ausführungen, die von dem Vertreter des Verkehrsbundes, Döring, und dem Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Martmüller, wirkungsvoll ergänzt wurden, auf die vom ADGB den englischen Gewerkschaften gewährte moralische, organisatorische und finanzielle Unterstützung ein und wies die völlige Haltlosigkeit der Angriffe der kommunistischen Presse gegen die deutschen Verbände nach. Aus den unzähligen, in der kommunistischen Presse angeführten Entschliessungen, in denen der Bundesauschuss zu einer wirksameren Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter aufgefordert werden sollte, ist nicht viel geworden. Es sind im ganzen zwei Telegramme und ein Brief eingelaufen, in denen Maßnahmen gefordert wurden, die die Gewerkschaften längst von sich aus durchgeführt haben.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam Leipart noch auf die Bildung des Keramischen Bundes innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes zu sprechen. Der Bundesvorstand hat gemäß den Dresdener Kongreßbeschlüssen an den Verhandlungen mitgewirkt. Leipart dankte dem Vorsitzenden der Glasarbeiter, Girbig, und dem Vorsitzenden der Porzellanarbeiter, Wollmann, dafür, daß sie im Interesse der Gesamtbewegung sich für den Zusammenschluß ihrer Organisationen, die auf eine ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken können, mit dem Fabrikarbeiterverband eingesezt haben.

Leipart erhielt die Zustimmung des Bundesauschusses zu dem Plan, einen zweiten Sekretär im Zentralarbeitssekretariat beim Bundesvorstand einzustellen. Für diesen Posten ist Koll. Wachhaus gewonnen worden, der schon bis zum Jahre 1923 mehrere Jahre im Zentralarbeitssekretariat tätig war.

Zu den im Referat von Dr. Broeckers behandelten Fragen ergriff der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort und geht dabei auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm und auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ein.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers betonte Dr. Weigert, als Vertreter des Reichsarbeitsministers, den festen Willen des Reichsarbeitsministers und der Reichsregierung, die Arbeitslosenversicherung in diesem Winter zur gezielten Regelung zu bringen. Der Entwurf habe gerade jetzt den Arbeitsauschuss des Reichswirtschaftsrates passiert. Er soll noch im Herbst dem Reichsrat vorgelegt werden.

An der sich an die Referate anschließenden Debatte beteiligten sich Dörmann (Metallarbeiter), Paepflow (Bauarbeiter), Gertrud Hanna, (ADGB), Simon, (Schuhmacher) und Tarnow, (Holzarbeiter).

Nach Schluß der Debatte stellt Leipart als Ergebnis der Aussprache fest, daß unter den anwesenden Vertretern der Verhandlungsstände Uebereinstimmung darüber bestehe, daß die Gewerkschaften auch angesichts der Erklärungen der Regierungsvertreter festhalten müßten an ihrer Entschlossenheit, möglichst schnell große Taten zu fordern. Es bestehe auch keine Meinungsverschiedenheit über den außerordentlichen Ernst der wirtschaftlichen Situation. In der Vergangenheit seien die Mahnungen der Vertreter der Arbeiterschaft leider nicht die Beachtung geschenkt worden, die sie hätten erwarten dürfen. Er glaube, daß der Bundesauschuss aus den Erklärungen der Regierungsvertreter herausgehört haben möchte, daß dieser Zustand vorüber sei. Mit Benützung könne der Bundesauschuss Kenntnis nehmen von der Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, daß die Reichsregierung bereits Beschlüsse gefaßt habe, die den Anfang einer Verwirklichung des Arbeitsprogramms darstellen. Auch vom Reichsarbeitsminister erwartet der Bundesauschuss, daß er den Worten Taten folgen lassen werde — Taten, die dem wirtschaftlichen und sozialen Wohle dienen mögen.

Die vorgelegte Entschliessung zur Erwerbslosenfrage wird in der Gesamtabstimmung ohne Widerspruch angenommen; sie hat folgenden Wortlaut:

Entschliessung zur Erwerbslosenfrage.

In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft nach auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizeiten umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitsgelegenheiten in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungsätze wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungsätze eben so sehr aus sozialen wie aus wirtschaft-

lichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Aussage zufriediger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung des Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Hebung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstage in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung Werte schaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen.

Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafte Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigsten Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.

Danach erteilte Leipart dem Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Herrn Dr. Srup, das Wort zu einem Vortrag über die Förderung des Arbeiterschutzes.

Zum Schluß seiner Ausführungen bemerkte der Referent, daß man von den nächsten Jahren einen starken Anstieg auf dem Gebiete des Betriebschutzes erwarten kann. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, dabei mitzuwirken. Der Arbeiter dürfe nicht nur Objekt dieser Bemühungen sein; in den Mittelpunkt aller Erwägungen über die Gestaltung der Betriebswirtschaft sei der Mensch zu stellen. Die Reichsarbeitsverwaltung sei bestrebt, unter den Arbeitnehmern Aufklärung über die Betriebsgefahren zu verbreiten. Sie bediene sich dazu in neuerer Zeit in größerem Umfange des Unfallverhütungsbildes. Der von einer Seite angeregten Unfallbekämpfung durch den Stundpunkt steht er sehr skeptisch gegenüber. Dagegen lege er größten Wert auf die weite Verbreitung der unter dem Titel „Arbeiterschutz“ erscheinenden Sonderausgabe des Reichsarbeitsblattes. Die Verbreitung dieser Ausgabe unter den Arbeitnehmern sei noch zu gering. Sie könne vergrößert werden, wenn es gelänge, den Inhalt der Sonderausgabe in höherem Maße, als es bisher geschehen sei, dem Verständnis der Arbeitnehmer anzupassen. Auch dazu aber bedürfe es der Mitarbeit an dieser Zeitschrift aus den Kreisen der Arbeitnehmer. Die Herausgeber der Sonderausgabe seien bereit, auch die Bezugsbedingungen den Verhältnissen der Arbeitnehmer anzupassen. Sein Wunsch sei es, schließt der Vortragende, daß es mit Hilfe der Zusammenarbeit aller beteiligten Kräfte gelingen möge, das Interesse der Werkstätigen an den Betriebschutz zu steigern.

Leipart hält eine Debatte über den instruktiven Vortrag nicht für nötig, da der Bundesauschuss sich den Wünschen und Forderungen des Vortragenden gerne anschließen wird. Die Gewerkschaften haben eine große Anzahl von Funktionären, die reiche Erfahrungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes besitzen und sich respektmäßig oder nebenamtlich damit beschäftigen. Diese Funktionäre kommen ohne weiteres als Mitarbeiter der Zeitschrift in Betracht. Sie sollen keine langen theoretischen Abhandlungen schreiben, sondern in kurzen Artikeln Einzelfälle hervorheben.

Der Bundesauschuss nahm darauf die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschliessung über Arbeiterschutz einstimmig an.

Entschliessung betreffend Arbeiterschutz.

Der Bundesauschuss nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterschutz gewidmete Teil des Reichsarbeitsblattes und mit ihm die Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ künftig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Gesichtskreis breiter Arbeitnehmerkreise angepaßt werden soll. Da die Durchführung dieser Absicht wesentlich auf der größeren Verbreitung des Reichsarbeitsblattes und der Zeitschrift „Arbeiterschutz“ in Arbeitnehmerkreisen und auf deren Mitarbeit beruht, fordert der Bundesauschuss die ihm angeschlossenen Verbände auf, in ihren Reihen, insbesondere bei Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeiterskretären, für den Bezug des Reichsarbeitsblattes bzw. der Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ zu werben und durch Mitarbeit, Gedanken und Anregungen der Arbeitnehmererschaft zu den praktischen Fragen des Arbeiterschutzes den Arbeiterschutzorganen weiterhin näherzubringen.

In den gleichen Tagen, in denen der Bundesauschuss in Düsseldorf tagte, versammelte sich hier die Gewerkschaftsjugend des Rheinlandes und aus Westfalen-Lippe, um in feierlicher Rundgebung am Sonntag, den 11. Juli, für den festen, unauflöslichen Zusammenhang der jungen, aufstrebenden Generation mit den älteren Vorkämpfern Zeugnis abzulegen. Bei Eröffnung der Sitzung am zweiten Verhandlungstage faßte der Bundesauschuss einmütig den Beschluß, in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend den Jugendtag zu begrüßen.

An die deutsche Arbeiterjugend!

Die deutschen Gewerkschaften können auf eine Geschichte von nahezu acht Jahrzehnten zurückblicken. Aber es sind kaum vierzig Jahre verflossen, seit die Gewerkschaften aus unscheinbaren, kaum

Rückblick.

Nur noch mit einer Nummer wird die „Ameise“ erscheinen, dann stellt sie ihr Erscheinen als Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ein, um einem größeren, vollkommeneren, die gesamte keramische Industrie umfassenden Blatt, dem „Keramischen Bund“ Platz zu machen.

Diese Tatsache ist so recht angetan. Alles, Gemeines und in der heutigen Zeit für uns oftmals schwer Begreifliches an uns vorüberziehen zu lassen. Nicht wenige Kollegen und noch weniger Kolleginnen wird es geben, die die Anfänge des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, des gewerkschaftlichen Werdens der Porzellanarbeiter kennen und damit verstehen. Aus den Anfangen kann man auch erkennen, welche unendliche Mühe die später herausragenden Führer hatten, der Bewegung eine Richtung zu geben, die der heutigen Gewerkschaftsbewegung entspricht. Sonders die alten und ersten Hefen der Ameise bieten eine unterhaltende und lehrreiche Lektüre, und geben Anhaltspunkt über das Wollen unserer Vorfahren.

Vor mir liegt „Die Ameise“, Organ des Gewerkschaftsvereins der Porzellan-, Glas- und verw. Arbeiter. Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereinsvorstände und Mitgl. vom 1. April 1874. Nr. 1. Berlin, 2. Oktober 1874. Erster Jahrgang. Dieses war der vollständige offizielle Titel. In dieser Zusammenfassung der Generalrat in einem Aufruf „An die resp. Prinzipale und Personale der Porzellan-, Glas-, Steingut- u. v. Fabriken und Manufakturen“ mit, das bisher erschienene „Extrablatt zum Gewerkschaftsverein“ nunmehr als vollständiges Blatt unter dem Titel „Die Ameise“ erscheint.

Der Aufruf des Generalrats ist so interessant und in seiner Ausführung und Einseitigkeit so charakteristisch, daß wir einiges davon unseren Kollegen zur Kenntnis geben.

Nachdem die Prinzipale und Personale (die Prinzipale immer zuerst) aufgefordert werden, die Ameise durch Abonnement zu unterstützen, heißt es weiter im Aufruf:

Zu dem Zweck zusammengetreten, um unsere gewerblichen Verhältnisse zu besprechen, etwaigen Schäden abzuhelfen, unsere Bildung zu erweitern, wie überhaupt unsere Lage in geistiger und materieller Hinsicht zu verbessern, wird uns niemand die Berechtigung zur Erfreulichkeit dieser Aufgaben absprechen können.

nen, zumal alle Veränderungen durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern erfolgen sollen.

Nicht jagen wir, gleich den Socialdemokraten unerreichbaren Zielen nach, nicht stimmen wir ein in den verderbenbringenden Auf „Krieg dem Kapital“, nicht suchen wir unsere Löhne durch provocierte Streiks aufzuhelfen, nicht verlangen wir Staatshilfe — nein, wir — und mit uns alle Mitglieder unseres Gewerkschaftsvereins — rechnen, auf dem Boden des Gesetzes stehend, mit den tatsächlichen Verhältnissen, wir wünschen den Frieden mit den Arbeitgebern, verdammen prinzipiell die Arbeitseinstellungen, weil wir sehr wohl wissen, daß sie die Lage der Arbeiter auf die Dauer nicht verbessern können und greifen deshalb nur im äußersten Notfall, zumal im Fall der Schmälerung des gesetzlichen Lohnes, zu. Wir verlangen auch keine Staatshilfe, sondern suchen auf dem gewerkschaftlichen Wege das zu erreichen, was der Einzelne erlangen nicht vermag. Darum haben wir Kranken-, Alters- und Invalidenkassen errichtet, welche nationaler Art sind und dem Arbeiter, sofern er seine statutenmäßige Pflicht erfüllt, keine Rechte belassen, auch wenn er, wie das heutzutage üblich ist, seine Arbeitsstätte wechselt. Die Errichtung dieser lebensreichen Institute ist der Notwendigkeit entsprungen, die Arbeiter in allen Lebenslagen sicher zu stellen und ihm hauptsächlich die Beruhigung zu geben, daß er, wenn er alt und schwach geworden ist, einen Notpfennig hat, von dem er leben kann. Diese Institute sind ferner auch deshalb von den heiligmächtigsten Folgen, weil sie den Arbeiter zum Sparen und zur Selbstverwaltung erziehen.

Auch der Bildung im Allgemeinen wenden wir unsere Aufmerksamkeit zu, weil wir uns sagen, daß es nur vermöge dieser dem Arbeiter heutzutage möglich ist fortzukommen und Ansprüche auf ein besseres Dasein zu machen.

Dieser Art sind die Bestrebungen unseres Gewerkschaftsvereins, nur auf diesem Wege glauben wir eine allmähliche Verbesserung unserer Verhältnisse herbeiführen und in eben demselben Sinne wird unser Blatt geleitet werden.

Wir meinen deshalb, daß unsere Bestrebungen sehr wohl mit den Interessen der Herren Prinzipale in Einklang zu bringen sind, denn auch diesen muß ja an der Fortentwicklung alles Bestehenden, an dem allgemeinen Kulturfortschritt gelegen sein. Möge man uns deshalb die Hand reichen, gemeinsam —

Arbeitgeber und Arbeitnehmer — so wollen wir die großen Aufgaben der Jetztzeit zu lösen suchen.

Die Personale aber fordern wir auf, der großen Gemeinschaft der Gewerkschaften beizutreten, mit teilzunehmen an der Emanzipation des arbeitenden Volkes.

Zum Schluß richten wir nochmals das Wort an die Prinzipale resp. Personale, alle Vorurteile gegen uns fallen zu lassen und uns für das zu betrachten, was wir in Wirklichkeit sind: Männer, welche der friedlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit das Wort reden.“

Mit dem in den letzten Sätzen des Aufrufes an die Arbeitnehmer gerichteten Appell, scheinen die damaligen Führer nicht viel Erfolg gehabt zu haben, denn schon in Nr. 4 der Ameise desselben Jahres wird von einer Ausperrung des Dreherpersonals der Berliner Porzellan-Manufaktur (Aktien-Gesellschaft, früher Schumann) berichtet. Die Manufaktur hatte bei einer Umrechnung der Löhne in die Markwährung bei den Dreherern einen beträchtlichen Abzug gemacht. Weil der Herr Direktor sagen ließ: „Wer sich den gestellten Bedingungen nicht fügen wolle, der könne gehen“, legten 38 Dreher, die 20 bis 30 Jahre im Betrieb tätig und alle verheiratet waren, die Arbeit nieder, und der Generalrat rief die Kollegen im Reich zur moralischen und materiellen Unterstützung auf. Also auch damals schon mußten unsere Kollegen kämpfen. Der Streik dauerte 37 Wochen und wurde verloren, die Niederlage war gewiß für unsere Kollegen ehrenvoll. In Nr. 29 vom Jahre 1876 wird berichtet, daß das Blatt wegen eines ausgebrochenen Buchdruckerstreiks in Berlin nicht rechtzeitig erscheinen konnte.

Ab Januar 1877 erscheint die Ameise in einem neuen Gewand und mit dem Spruch beziert, den heute die Ameise noch trägt: „Immer strebe zum Ganzen“.

Genau wie heute war auch damals die Ameise das Publikationsorgan der Verbandsleitung und das Bindeglied zur Verständigung unter den Kollegen. Nicht viele Beiträge über Berufliches, Soziales, Bildungsbefrebungen, kurz über alles, was auch heute noch die Arbeiter interessiert, finden wir schon in den ersten Nummern der Ameise. Und das ist gut so, können wir doch auf diese Weise einen Blick werfen auf das, was früher war. Auch jetzt ist es noch ermunternd, dem Verbandsorgan Beiträge zu liefern, in späterer Zeit wird es wieder für unsere Nachkommen ein interessantes Buch zum Nachschlagen sein.

beachteten örtlichen Organisationen zu den mächtigen Zentralverbänden wurden, die in allen Städten und Gemeinden jetzt einen großen Teil der gesamten Arbeiterschaft in ihren Reihen vereinen.

Die besten und weitblickendsten Elemente der deutschen Arbeiterschaft sind in den Gewerkschaften zusammengeschlossen. Männer und Frauen, die nicht nur ihrem eigenen Vorteil nachjagen, sondern im Bunde mit ihren Kameraden — einer für alle und alle für einen — sich und den kommenden Geschlechtern Raum für ein freies, nach außen gesichertes, den großen Kräften sittlicher und geistiger Kultur erschlossenes Leben erkämpfen wollen.

Zuerst erlebte Solidarität unter den Arbeitsbrüdern und -schwestern ist die sittliche Macht, der die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt. Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben, mitgerissen von diesem Geist opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Frischkraft, die von dem Grundgedanken der Solidarität mit allen in ihr Tätigen beherrscht sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft eingesetzt für einen großen Gedanken.

Niemand wußte, ob dieser Gedanke jemals Wirklichkeit werden würde. Die herrschenden Gewalten, die Gesamtheit der Unternehmer, der Staat, die Kirche, alle waren verbündet gegen den Aufstand der Armen und Entertiten, der im vergangenen Jahrhundert begann. Feinde ringsum und keinen Helfer als die eigene Kraft und den leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft, in der auch der Arbeiter Mensch sein darf, frei von den drückendsten Sorgen des Alltags, heimatherechtigt in seinem Lande, dessen gewiß, daß nicht schon der nächste Tag ihn und die Seinen mittellos der äußersten Not überantworten wird.

Dieser unbeirrbar blanke der vergangenen Generationen hat den Weg ins Freie gebahnt. Im Vergleich zu der Zeit, in der das Deutsche Reich gegründet wurde, ist ein gewaltiger Wandel in den Beziehungen von Kapital und Arbeit eingetreten. Die Alleinherrschaft der Unternehmer im Betrieb ist gebrochen. Ihre Vorherrschaft in Staat und Wirtschaft ist bedroht. Die Organisation der Arbeit, die in den Gewerkschaften entstanden ist, hat in zähem jahrzehntelangen Angriff der übermächtigen Gegner auf vielen Gebieten in die Defensive gezwungen. Es kann niemand mehr im Ernst bezweifeln, daß die Zeit vorüber ist, in der das Kapital allein den unbestrittenen Anspruch erheben konnte, die Wirtschaft zu organisieren. Die Arbeit und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, treten im ganzen Bereich der Wirtschaft mit dem Anspruch auf, gleichberechtigt an den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Wirtschaftsführung mitzuwirken.

Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner siegreichen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation besaß. Das junge Geschlecht muß das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortsetzen und vollenden.

Am ehesten, an die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland, wendet sich deshalb der Bundesausschuß, an euch als die Bannerträger der Zukunft, als die Erben des von den Vätern errungenen Besitzes:

Seid euch der großen, durch eine ruhmvolle Kampftradition, durch die Treue und den Opfersinn von Millionen Arbeitern geheiligten Aufgabe bewußt, deren Durchführung eurem Geist, eurem Willen anvertraut ist. Behauptet euch, wie die alten Kämpfer es getan, jedem Widerstand zum Trotz. Gebt allen, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewußter Kraft.

Dann kann und muß euch, den Jungen, die ihr noch in der Blütezeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwungs beginnen. Dann wird die Zeit anbrechen, in der ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und eurer besonnenen Pflege anvertraut hat: jene echte Freiheit des einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder einzelne sich als dienendes Glied am Ganzen einordnet.

Weitere Konzentration im Gewerkschaftslager.

Die Verschmelzung in der Lebensmittelindustrie.

Der Bäckerverband für die Verschmelzung.

In der Weiratsitzung des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes (des früheren Verbandes der Bäcker und Konditoren), die am 28. Juni in Homburg stattfand, berichtete Friß über das Ergebnis der Urabstimmung. Trotz der bedeutenden Erleichterungen des Wahlmodus gegenüber früheren Urabstimmungen konnte nur ein gutes Drittel der Mitglieder zur Stimmabgabe veranlaßt werden; 65 Proz. aller Mitglieder haben sich an dieser wichtigen Abstimmung nicht beteiligt. Für die Verschmelzung stimmten 16 260 Mitglieder oder 32,4 Proz. gegen die Verschmelzung 1326 oder 2,6 Proz. Bei einem Vergleich der Abstimmung im Jahre 1921 ergibt sich, daß die gleiche Zahl der Verschmelzungsbefürworter wie damals festgestellt werden kann. Wohl ist das Prozentverhältnis der Beteiligten etwas gestiegen, aber zufriedenstellen kann es nicht. Es wurden noch bei keiner Urabstimmung soziale Vorstöße gegen das Wahlreglement festgestellt, wie diesmal. Aus 11 Wahlstellen wurde kein Resultat eingehandelt, und in 13 Wahlstellen mußte das Abstimmungsergebnis wegen grober Verletzungen des Wahlreglements für ungültig erklärt werden. Nach Berufsgruppen beteiligten sich an der Abstimmung: 7343 Bäcker, 472 Konditoren, 8900 Süßwarenarbeiter (davon 5844 weibliche), 906 Erwerbloslose. Das Resultat entspricht auf keinen Fall der Erwartung; dennoch habe der Gesamtvorstand mit 12 gegen 7 Stimmen die Tragfähigkeit des Abstimmungsergebnisses zur Verschmelzung anerkannt. Er könne sich aber dennoch von seinen schweren Bedenken nicht freimachen, doch in Ermehrung der überaus schwachen Beteiligung und der vielfach ermittelten Vorstöße wir einer recht unruhigen Zukunft entgegengehen.

In der Diskussion wurde von einigen Rednern die Tragfähigkeit des Abstimmungsergebnisses zur Verschmelzung angezweifelt. In keiner Gewerkschaft würde es möglich sein, daß ein Drittel des Mitgliederbestandes über die Auflösung der Organisation entscheiden kann. Diese Minderheit habe nicht das Recht, über den Anschluß mit anderen Verbänden zu befinden.

Demgegenüber wurde von anderen Rednern die Meinung vertreten, daß das Abstimmungsergebnis als die Willensmeinung der tätigen Verbandsmittglieder zu betrachten sei und revidiert werden müsse.

Die Abstimmung ergab, daß 32 für und 9 Kollegen gegen die Tragfähigkeit stimmten. Damit hat der Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband sich für die Verschmelzung erklärt. Der Zentralverband der Reichler hat sich mit über der Hälfte seiner Mitglieder und mit fast allen Stimmen der Abstimmernden dafür erklärt, während der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter sich mit nahezu der Hälfte seiner Mitglieder (33 130 von 68 145) für die Verschmelzung ausgesprochen hat. 15 000 seiner Mitglieder stimmten allerdings dagegen, so daß der Schwerpunkt für die entscheidende Entscheidung bei letzterem Verbande liegt. Hoffentlich wird er auch hier überwunden, so daß der engeren Verbindung nichts mehr im Wege steht.

Wie Unternehmer sparen.

Zimmer und immer wieder hören wir die Parole: die Wirtschaft muß sparen; es müssen die Ausgaben für unproduktive Zwecke weinmüßig eingeschränkt werden. — Die Arbeitgeber berufen sich in ihrem Kampf auf Abbau der betrieblichen Arbeitervertretungen und auf Einschränkung der Ausgaben für soziale Zwecke auf diese Parole. Man behauptet, die Ausgaben für diese Zwecke einzuschränken und sparen zu müssen, um die Wirtschaft zu retten. Daß dadurch jedoch der Wirtschaft in der Regel kein Nutzen entsteht, vielmehr eine Schädigung der Allgemeinheit eintritt, wird ignoriert. Es ist für den Arbeitgeber bei diesem Vorgehen gegen die Betriebs- und Arbeiterräte und die Rechte der Arbeiterschaft nicht in der Hauptsache um das Einsparen der dafür aufzuwendenden Beträge zu tun, sondern um die Rechtslosmachung der Arbeiterschaft überhaupt. Man will wieder allein „Herr im Hause“ sein, und die Arbeiterschaft zur früheren Rechtslosigkeit und Abhängigkeit zurückdrängen.

Wenn es den Arbeitgebern tatsächlich nur darum zu tun wäre, unnötige Aufwendungen einzusparen, böte sich dafür in recht vielen Betrieben die Möglichkeit durch den Abbau überflüssiger höherer Verwaltungspersonen. Ein großer Teil der feinkeramischen Betriebe ist viel zu stark durch Direktoren-, Betriebsleiter- und ähnliche Posten überlastet. Tropfen ist von einem Abbau solcher Stellen nichts, oder doch nur wenig zu merken. Um so mehr spart man gegenüber den Arbeitern. Versuche auf Lohnabbau, auf Einschränkung des Urlaubs, Verweigerung der Entschädigungen an Betriebs- und Arbeiterratsmitgliedern und Verweigerung bei den durch Arbeitgeber zu vertretenden Betriebsstörungen beweisen das. Dabei zeigt sich recht häufig, daß man ohne Rücksicht auf die dem Betrieb entstehenden Schäden und Unkosten vorgeht. Die Hauptsache ist eben: Die Arbeiter müssen benachteiligt und entrechtet werden.

Als typisches Beispiel für diese Art Sparmaßnahme verdient folgender Fall festgehalten zu werden. In der Steinquellfabrik Sch. rief in letzter Zeit ein sich schon seit 15 bis 18 Jahre im Gebrauch befindlicher Treibriemen sehr häufig. An einem Tage mußte er hintereinander 7 mal repariert werden. Dadurch entstand bei 7 Drehern ein Lohnausfall im Gesamtbetrage von 11,02 Mk. Die Dreher machten einen solchen Anspruch gestützt auf § 9 des ArbZ. geltend. Die Betriebsleitung war auch für einen von den Drehern angebotenen Vermittlungsvorschlag auf eine teilweise Entschädigung nicht zu haben. Es mußte ja den Arbeitern das ihnen zuzehende Recht streitig gemacht werden! Den Drehern blieb deshalb auch kein anderer Ausweg, als durch den Verband die tariflichen Schiedsinstanzen anrufen zu lassen. Das Gauschiedsamt entschied zu Ungunsten der Dreher mit der Begründung, es handle sich um einen Maschinendefekt, für den der Firma ein Verschulden nicht treffe und sie daher auch nicht verpflichtet sei, den Drehern den Verdienstentgang zu entschädigen. Es wurde die Einpruch bei Gauschiedsamt erhoben und der Streitfall für die Tagung des Oberchiedsamtes im Juni d. J. mit vorgemerkt. Auf Grund der Geschäftsordnung für die tariflichen Schiedsinstanzen und weil der Tatbestand geklärt war, verzichteten wir auf die Bestellung eines Arbeiterratsmitgliedes als Sachwalter zu der Verhandlung. Die Firma hielt es trotzdem — wahrscheinlich „aus Sparmaßnahme“ — für angebracht, einen Vertreter der Betriebsleitung zu entsenden. Wegen Überlastung des Oberchiedsamtes konnte bei der Tagung der Streitfall nicht erledigt werden, und er wurde auf die Tagesordnung der für Juli arrangierten Sitzung gelegt. Bei der Verhandlung mit der Leitung des Arbeitgeberverbandes über die Tagesordnung der Juli-Sitzung verwiesen wir wieder darauf, daß wir eine Bestellung von Vertretern der Betriebsleitung und der Arbeiterschaft nicht für nötig hielten, verlangten aber, daß, wenn die Firma wieder einen Herrn der Betriebsleitung delegiere, auch eine Vertretung der Arbeiterschaft mitkommen müsse. Um die umstrittenen 11,02 Mk. den Arbeitern vorzuenthalten, hielt es die Firma auch für notwendig, ein zweites Mal ein Vertreter zu delegieren, und es mußte auch die Delegation eines Arbeitervertreters mit aufs Risiko genommen werden. Das Oberchiedsamt hat die Entscheidung des Gauschiedsamtes aufgehoben und die Firma zur Zahlung des den Drehern entstandenen Schadens verpflichtet. Es lohnt sich nun, einige Zahlenvergleiche anzustellen, um zu zeigen, wie man in diesem Fall „gespart“ hat. 11,02 Mk. waren von den Drehern Schadenersatz geltend gemacht worden. Mit 5,51 Mk. hätten sie nach mehrfachen vergeblichen Verhandeln einen Vergleich angeboten. Die Firma muß aber sparen, lehnt die Forderung, sowie auch den Vergleichsvorschlag ab und macht zur Abwehr des Schadenersatzes von 11,02 bzw. 5,51 Mk. folgende Aufwendungen:

Für zweimalige Reise eines Betriebsvertreters von Sch. nach Leipzig und zurück (2. Klasse D-Zug)	Mk. 114,40
Für einmalige Reise eines Vertreters der Arbeiterschaft von Sch. nach Leipzig und zurück (3. Kl. D-Zug)	37,—
Für zweimalige Reiseentschädigung des Betriebsvertreters mindestens	100,—
Für Reiseentschädigung und Verdienstentgang des Arbeitervertreters	60,—
in Summa Mk. 311,40	

Mit 11,02 Mk., unter Umständen sogar mit nur 5,51 Mk. hätte die Firma die Sache erledigen können; 311,40 Mk. Kosten und dazu die 11,02 Mk. Schadenersatz = 322,42 Mk. wendet sie dafür auf. Dazu kommt noch für 4 Tage Einbuße der Arbeitsleistung des Betriebsvertreters. So die Wirkung für die Firma. Darüber hinaus muß man aber auch noch berücksichtigen, daß wegen dieser Sache das Gauschiedsamt und das Oberchiedsamt, wenn auch auf Kosten der beiderseitigen Organisationen, in Bewegung gesetzt werden mußten. Wer wagt da noch von Sparmaßnahme zu reden! Wer übernimmt die Verantwortung für solche Handlungsweise und verteidigt eine solche Betriebsleitung. U. R.

Zum Kampf um die Sonntagsruhe der Angestellten.

Die Angestellten im Einzelhandel führen seit längerer Zeit einen hartnäckigen Kampf um die Sonntagsruhe. Während in vielen Ländern unseres Reiches die vom Zentralverband der Angestellten eingeleiteten Aktionen mit Erfolg für die Sonntagsruhe geworden haben, ist das gleiche in Bayern nicht gelungen. Dort hat das zuständige Ministerium als Antwort auf die Bestrebungen der Angestellten, die Sonntagsruhe zu sichern, Verordnungen und Ausnahmestimmungen erlassen, die die Sonntagsruhe nahezu illusorisch in diesem Mutterland machen.

In der „Handelsnachricht“, dem amtlichen Organ des Deutschen nationalen Handelsgewerkschaftsverbandes, Nr. 12 vom 30. Juni d. J., erfahren wir aus einem Bericht über den Münchener Verbandstag, daß den Verhandlungen vorausging ein „Frühstück mit bayerischen Machthabern“ (Ministern, Bürgermeistern, Regierungsräten u. a.). Das Blatt findet für den Wert eines solchen Frühstücks, „auch für solche Standesgenossen, die nicht dabei sein konnten“, diesen Ausdruck:

„Mit solchen Ministern, Bürgermeistern, Räten usw. kann man reden und streiten, man kann Wünsche äußern und begründen, man hat das Gefühl, daß ein vernünftiges Wort einen guten Ort findet, und daß eine solche Aussprache mehr wert ist als ein halbes Duzend langer Eingaben.“

Es sind nun mittlerweile schon mehrere Wochen seit diesem Frühstück verstrichen. Bis heute ist aber nichts darüber bekannt geworden, ob die bayerischen Regierungsstellen etwas zur Revision ihrer Maßnahmen in der Sonntagsruheangelegenheit unternommen haben. Oder sollten die würdigen Vertreter des DGB ganz und gar vergessen haben, bei dem Frühstück diese heikle Frage mit den bayerischen Machthabern zu erörtern? Die Standesgenossen, die nicht dabei sein konnten, sind begierig zu wissen, ob das Frühstück auch nach dieser Richtung hin eine schöne Sache gewesen ist.

Von der Keramikindustrie.

Ein unrationeller Konzern.

Zur Rationalisierung einer Industrie gehört nicht nur die Rationalisierung und Mechanisierung der Fabrikation, sondern auch die der gesamten Produktion von der Gewinnung des Rohstoffes bis zum Absatz. In der Nachkriegszeit haben einige feinkeramische Konzerne in dieser Richtung erhebliche Fortschritte gemacht, während dagegen andere völlig verlagert haben.

Welche Gründe für die letzteren vorliegen, spielt bei der folgenden Betrachtung keine Rolle. Es genügt, die Tatsache festzustellen, daß nicht entsprechend wirtschaftlich im Vergleich zu anderen Firmen gehandelt wurde.

Eine Rationalisierung, die lediglich auf die im Beruf tätige Arbeiterschaft abgezielt, und dabei an einer Bürokratisierung und Ueberbelastung des Verwaltungs- und Beamtentkörpers festhält, ist ebenfalls keine Rationalisierung, sondern höchstens eine halbe, die sich wieder zum Schaden des Betriebes ausleben muß.

Aber wir in Deutschland sind schon daran gewöhnt, das Starnickel muß immer der Arbeiter sein. Derjenige, der schon alles, was er an Können, an Fleiß, an Energie und an gutem Willen in sich hat, derjenige soll auch noch die Rationalisierung über sich ergehen lassen, zum Schaden seiner Gesundheit und damit seines Lebens, was sich wiederum für die gesamte Industrie zum Schaden auswirken muß.

Die Rationalisierung muß unseres Erachtens schon bei der Wahl des Ortes zur Produktion von feinkeramischen Gegenständen beginnen. Wenigstens glauben wir, daß man bei neu zu errichtenden Betrieben die Lage eines Ortes berücksichtigen kann und muß. Aber da sehen wir schon Unmöglichkeiten. Betriebe an Kleinbahnen, in ganz weltvergessener Gegend, auch ohne Verkehrsstrahlen im Sinne eines regen Durchgangs, ohne jegliche Wasserwege, sind von vornherein, ohne eine Rationalisierung zu beachten, hingeseht. Dabei in Gebäuden, die sich für jeden anderen Betrieb, nur nicht zur Fabrikation von feinkeramischen Erzeugnissen eignen. Daß darunter die Fabrikation ungeheuer erschwert, wenn nicht gar ganz unmöglich gemacht wird, liegt auf der Hand.

Was nun daran übersehen und von vornherein verborgen wurde, glaubt man auf andere Weise auszugleichen und gut zu machen. Der Verwaltungskörper wird überlebt in einer Weise, daß in einer Zeit, wo alles von Rationalisierung spricht, das Wort wie Hohn klingen muß.

Fast alle Betriebe des Konzerns, von dem wir hier reden, haben einen Verwaltungskörper von ausgesprochen „höheren Beamten“, der sich nicht rechtfertigen läßt, und in anderen Betrieben der feinkeramischen Industrie auch sonst nicht zu beobachten ist. Wir stützen uns auf Erhebungen, die im Mai dieses Jahres gemacht wurden, dabei war folgendes festzustellen:

In einem Betrieb B, nennen wir ihn A, waren zurzeit 30 Arbeiter, rund 35 Arbeiterinnen, zusammen 65 beschäftigt. An Angestellten sind im genannten Betrieb ein Direktor, ein technischer Betriebsleiter, ein Buchhalter, eine Buchhalterin, zwei Lehrlinge für das Büro, ein Leberbrenner, ein Leberbrenner, ein Expedient. Bis 1. April bezog allein der Direktor an Gehalt pro Monat 1000 Mk. Ab 1. April sind die Gehälter um 30 Proz. gesenkt.

Im Betrieb B, der zeitweise still lag, sind damals 15 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt worden. Auch das Werk hatte einen Direktor, einen Betriebsleiter und einen Kontoristen.

Das Werk C beschäftigte 10 männliche und 6 weibliche Arbeitnehmer. An Beamten und Angestellten waren zu zählen: ein Direktor (Doktor), ein Betriebsleiter, ein Expedient, ein Lagerhalter, drei Kontoristinnen. Was hier an „Leben“ sonst noch vorhanden war, konnten wir nicht feststellen. Es genügt aber auch so schon.

Im Werk D mit 186 Arbeitern und 89 Arbeiterinnen, zusammen 275, sind ein Direktor, ein Betriebsleiter, 3 kaufmännische und 18 technische Angestellte vorhanden.

Das Werk E mit 180 männlichen und 160 weiblichen, zusammen 340 Arbeitern, hat einen Direktor, einen Betriebsleiter, 10 männliche technische Angestellte, 9 männliche und 2 weibliche kaufmännische Angestellte, 2 Expedienten und 2 Reisende.

Im Betrieb F arbeiten 266 Männer und 178 Frauen, zusammen 444 Personen. Angestellte sind vorhanden: ein Direktor, 10 technische Angestellte, 13 männliche und 3 weibliche kaufmännische Angestellte und Lehrlinge.

Im Betrieb G sind 12 Arbeiter, 8 Arbeiterinnen, zusammen 20. Hierzu ein Betriebsleiter, ein Geschäftsführer, 4 männliche und 5 weibliche Angestellte, dazu einige Reisende. Der Betrieb H zählt an Arbeitspersonal 145 Männer, 90 Frauen, 8 Lehrlinge. Angestellte sind vorhanden: ein Direktor, ein Betriebsleiter, zwei Leberbrenner, ein Leberbrenner, ein Maschinenmeister, ein Hofmeister, zwei Modelleure, ein Obermaler, ein Lithograph, zwei Steinbrücker, ein Lagerhalter und 10 kaufmännische Angestellte.

Die aufgeführten Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge bekamen im Mai in einer Woche 6635 Mk. an Lohn. Das Monatsgehalt für die Angestellten betrug insgesamt 6400 Mk.

Im Betrieb I sind 180 Arbeiter und 130 Arbeiterinnen beschäftigt. Dazu kommen ein Direktor, ein Betriebsleiter, sowie 16 kaufmännische Angestellte. Die technischen Angestellten sind nicht aufgeführt.

Im Betrieb K mit 245 männlichen und 100 weiblichen Beschäftigten und im Betrieb L mit 41 männlichen und 22 weiblichen Beschäftigten sind angestellt: 19 kaufmännische männliche Personen, 7 kaufmännische weibliche, 4 Lehrlinge, 13 technische, ebenfalls männliche, dazu 2 Direktoren (1 Doktor), ein technischer Berater, ein kaufmännischer Direktor, ein erster Disponent und ein Prokurist.

Im Werk M sind beschäftigt: 24 männliche und 18 weibliche Arbeitnehmer, zusammen 42 Personen. Zu diesen 42 Personen kommen: ein Generalbevollmächtigter, ein Direktor, sieben technische und fünf kaufmännische Angestellte, im ganzen 14 (vierzehn) Personen.

Im Betrieb N sind 54 männliche und 56 weibliche Arbeitnehmer beschäftigt. Hierzu kommen: ein Direktor, ein Betriebsleiter und 10 kaufmännische und technische Angestellte.

Im Betrieb O arbeiten 150 Arbeiter, dazu kommen: ein Direktor, ein Betriebsleiter und 10 Angestellte.

Die Ueberbelastung mit betont höheren Beamten ist hier offensichtlich. Besonders, wenn man beachtet, daß über dem Ganzen noch ein Chef mit einem Chefbüro tront. Von allen Beamten will sich jeder betätigen. Weil ihm ein natürliches Tätigkeitsfeld fehlt, versucht er sich an der Arbeiterschaft. Da glaubt jeder, seine Weisheiten an den Mann zu bringen, und wenn dann so ein armer, von einem Duzend Vorgesetzten regierter aufbegehrt, legt es Belehörungen und noch schlimmeres für den „Aufrührerischen“. Divalität, Ressortstreitigkeiten müssen nebenher laufen, wenn es nicht zu Schlimmerem auswächst. Zum Segen eines Betriebes kann jedenfalls ein solches System nicht führen. Deswegen sagen wir: Ehe man den Arbeiter „rationalisiert“, beginne man bei den Direktoren, bei den Generalbevollmächtigten, bei den Disponenten, und wie sie sonst noch alle heißen mögen.

Recht interessante Einzelheiten bringen die Dresdener Nachrichten über die Porzellanfabrik **Fraureuth Akt.-Ges.** in Fraureuth. In der Hauptversammlung, auf deren Tagesordnung außer der Erledigung der Regularien für 1925 auch die Einziehung der Vorzugsaktien und die eventuelle Auflösung der Gesellschaft standen, teilte der Vorsitzende mit, daß, als die Versammlung einberufen wurde, noch nicht festgestanden habe, ob der beantragte Konkurs eröffnet werden würde. Da er nun inzwischen doch verhängt worden ist, erübrige sich die Beschlussefassung über eine Liquidation des Unternehmens. Der Antrag auf Einziehung der Vorzugsaktien wurde von der Verwaltung

zurückgezogen. Auf die Anfrage eines Aktionärs, warum die Gewinn- und Verlustrechnung nur eine Seite aufweise, wurde mitgeteilt, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre ein Bruttogewinn von 1.683.000 Reichsmark erzielt worden sei. Nach Berücksichtigung der Verluste, Steuern und Abschreibungen verbleibe ein Gesamtverbleib von 1.316.233 Reichsmark. Ein anderer Aktionär stellt die Frage der Steuerschulden an. Er war der Meinung, daß es möglich gewesen sein müsse, bei den Finanzbehörden einen Nachlass zu erreichen. Darauf wurde ihm entgegnet, daß das Reichsfinanzministerium die Reduzierung der Steuern in Aussicht gestellt habe. Es war jedoch nicht einmal während des Geschäftsaufsichtsverfahrens möglich, zu erfahren, welche Summen erlassen werden würden. Die hohen Steuerschulden (zeitweise 700.000 Reichsmark) schrecken alle Geldgeber ab. Sodann wurde die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung einstimmig genehmigt. Der ehemalige Direktor des Unternehmens, Singer, gab lediglich dagegen Protest zu Protokoll, daß die ihm zustehenden 657 Stück Aktien nicht zur Abtretung zugelassen worden waren. Der Aufsichtsrat hatte Bedenken dagegen geäußert, daß die Aktien wegen der inzwischen erfolgten Konkursöffnung nicht freigegeben werden dürften. Darauf stellte der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit seine Kammer zur Verfügung, da es ihm nicht gelungen sei, trotz eifrigster Bemühungen die Gesellschaft zu retten. Auf Antrag eines Aktionärs wurde der bisherige Aufsichtsrat wiedergewählt. Im Anschluß hieran äußerte sich Justizrat Gottschalk (Berlin) im Namen des Aufsichtsrates über die Entwicklung und die augenblickliche Lage der Gesellschaft. Zunächst erhob er heftige Vorwürfe gegen den früheren Direktor Singer, der in großer Weise an der Notlage des Unternehmens mitschuldig sei. Insbesondere habe Singer durch sein Verhalten nach und nach der Gesellschaft alle Vantagen beraubt, bis er auf Betreiben des Vertreters der Disconto-Gesellschaft im Aufsichtsrat von Frauereuth von seinem Amte entfernt worden sei. Das einzige langfristige Darlehen habe er in der 124.000-Reichsmark-Hypothek durch die Reichsversicherungsanstalt erlangt. Danach habe er nur kurzfristige Kredite erhalten können. Durch die frühzeitige Stilllegung der Betriebe, die er ebenfalls veranlaßt habe, sei die Gesellschaft in Mißkredit gekommen. Darauf habe der Aufsichtsrat, um Kredite zu erhalten, Verhandlungen nach allen Seiten, auch nach dem Auslande, angeknüpft, die jedoch ergebnislos verlaufen seien. Auch die Thüringische Staatsbank habe ihr Versprechen schließlich zurückgenommen, obwohl sie sich zu einer Stellung beiderseitig erklärt habe. Der Aufsichtsrat vermutet, daß die Konkurrenz an dem Verhalten der Thüringischen Staatsbank mitgewirkt habe. Zum Schluß teilte Justizrat Gottschalk mit, daß der Konkurs zunächst abgelehnt werden sollte, da liquide Mittel nicht vorhanden gewesen seien. Vom Aufsichtsrat wurden jedoch dem Konkursverwalter 10.000 Reichsmark zur Verfügung gestellt, damit der Konkurs durchgeführt werden könnte.

Genossenschaftliches.

Der Genossenschaftstag in München. Mitte Juni fand in München eine zahlreiche besuchte Genossenschaftstagung statt. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine hatten ihre Generalversammlung in München abgehalten. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen, daß im Zeitalter der fortschreitenden Wirtschaft die Vorherrschaft des Zentralverbandes, Heinrich Kaufmann, Hamburg, mitteilen konnte, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung das gesündeste Glied der deutschen Wirtschaft sei. Gemäß dieser Wertschätzung waren auch die Verhandlungen der Genossenschaftstagung auf einer bemerkenswerten Höhe. Das Problem der Konsumgenossenschaften wurde durch gründliche Referate von allen Seiten beleuchtet und zahlreiche neue Anregungen gegeben. Wir müssen auf den ausführlichen Bericht von dieser Tagung verweisen. Es lohnt sich, ihn zu studieren. Wenn ringsherum in dem Geiste der Wirtschaft Zweig um Zweig zu Wobben sinkt, dann ist es ein erhebendes Gefühl, den zukünftigen Zweig einer sozialistischen Warenproduktion, die Genossenschaften, in vollster Blüte vor sich zu sehen. Zu erwähnen wäre noch, daß die Genossenschaftstagung die Entschiedenheit des Breslauer Gewerkschaftskongresses mit einer Entschiedenheit erwiderte, die die gemeinsamen Interessen dieser beiden großen Arme der Arbeiterbewegung darstellt. Ferner forderte der Genossenschaftstag, daß das Genossenschaftsmitglied wesentlich erweitert wird. Der Genossenschaftstag in München gestaltete sich zu einer großen Propaganda für die Genossenschaften, und es ist nur zu wünschen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Bewegung mit allen Kräften unterstützen.

Bemerktes.

Verbrüderung zwischen Großindustrie und Großlandwirtschaft. Vor einigen Monaten fand eine große Anzahl von Vertretern der ostelbischen Zunft der rheinisch-westfälischen Großindustrie einen Besuch ab, der sich auf mehrere Tage erstreckte. Nunmehr wird über einen Gegenbesuch berichtet, den die Großindustriellen bei den Landwirten vornehmen. In dieser engen Fühlungnahme zwischen der Großlandwirtschaft und der Großindustrie liegt System. Obwohl der Interessentzweck der beiden sehr verschieden ist, sind sie sich doch in sehr vielen Punkten einig. Vor allem ist dies der Fall in der Zollpolitik. Auch in anderen Fragen dürfte eine Uebereinstimmung bestehen. Die Arbeiterschaft sollte sich an der Verbrüderung der Zunft und Schlotbarone ein Beispiel nehmen. Sie kann zwar nicht glanzvolle Besuche und Gegenbesuche veranstalten und bei prunkvollen Festessen Verbrüderung feiern. Aber in der Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen sollte sich die Arbeiterschaft der Industrie und der Landwirtschaft einig sein.

Aus unserem Beruf.

Köppelsdorf. Da wo der Thüringer Wald ins blaue Land ausläuft, liegt die Zehlflechte Köppelsdorf, eingeschmiegt im schönen Steinachtal. Für Menschen, die eine schöne Aussicht brauchen, wunderbar gelegen. Ein fröhlicher, aufgeweckter Menschenhaufen bewohnt dieses Tal. Industriegebiet durch und durch. Die Porzellanindustrie nimmt heute den größten Teil davon ein. Nach einem oberflächlichen Einblick müßte man annehmen, daß hier ein Paradies für Arbeiter sein müßte. Aber weit gefehlt! Mit Ausnahme einiger Betriebe herrscht hier eine Zerstörung, wogegen die „Mosaiker“ manchmal ein Kinderpiel ist. Eine Entschädigung hat hier Platz gegriffen, die in keinem Verhältnis zur Leistung steht. Daran schließt sich eine Behandlung die unter aller Würde ist. Es fehlt bloß noch die Krone, um das arbeitslose Maßland wäre fertig. Man ist der Ansicht, wenn ein Sibirien da wäre, der Arbeiterschaft auch dieses zur Verfügung käme. Starb da kürzlich ein treuer Arbeiter, und war man der Ansicht, daß die Kollegen bei der Erweisung der letzten Ehre gar nicht notwendig wären. Erst nach Verleugung beim Inhaber der Firma selbst konnten sie am Begräbnis teilnehmen. Nette Christen! In der Trauerfrage scheint man hierzulande bis auf die schon erwähnten Betriebe, die auch hier eine ehrende Ausnahme machen und auch im Arbeiter Menschen sehen, auf dem Standpunkt zu stehen, Urlaub ist Luxus. Geldknappheit wird vorgeführt. Wir wollen heute gar nicht abtreten, daß auch die Betriebe keine goldenen Zeiten durchmachen; aber wenn man sieht, wie manchmal gearbeitet wird, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn „Frauereuth“ Nachahmung findet. Fragt man sich, wie das möglich ist, so muß man feststellen, daß eine schwere Depression eingetreten ist infolge der wirtschaftlichen Lage, in der sich die Arbeiterschaft befindet. Aber, Kollegen, Kopf hoch! Nach diese Zeiten kommen andere. Haltet fest zusammen, duckt euch nicht und kriecht nicht! Ihr Unorganisierten, kommt hinein in die Organisation, stärkt die Reihen, damit der Lohn, den Schneeweis und Rosenrot tangen werden, zugunsten Rosenrots ausfallen muß. Hoffen wir, daß die große Anzahl Doktoren die Betriebe gesund machen

und keine Eisenbarikur vornehmen. Die Kollegenschaft im Reich möchtet wir bitten, ehe sie in unserem Bezirk Arbeit annehmen, sich vorher zu erkundigen.

Köppelsdorf. In unserer Porzellanfabrik wird es alle Tage herrlicher. Schon einmal haben wir zu den Dingen Stellung nehmen müssen, und wir glauben, daß der, den es angeht, sich bessern würde. Nachdem wir aber festgestellt, daß die Verbesserungsmöglichkeiten sehr beschränkt sind und die Firma selbst die Mißstände in passiver Weise bestehen läßt, müssen wir noch einmal die Öffentlichkeit in Anspruch nehmen, auch wenn wir Gefahr laufen, daß das Prestige des Herrn Oberdrehers Pfeifer vor die Hunde gehen sollte. Allerdings, die vor einiger Zeit von uns festgenagelten „Schlagwörter“ besagten Herren sind doch ein wenig abgestellt worden. Aber Menschen, deren Charaktereigenschaften nun einmal dazu veranlaßt sind, andere zu majorisieren und zu schikanieren, brauchen immer ein Betätigungsfeld. Kann es die Quadratur des Kreises nicht sein, hat man bei der Anbringungsmöglichkeit von bestimmten Liebesgefühlen keine stillhaltenden Gegenstände, so nimmt man eben dort die Möglichkeit, wo die anderen Menschen noch leichter empfindsamer sind und die Nerventränge in den Geldbeutel geben. Betreue Tribüne, etwa solche vom Schlag des Herrn Pfeifer, geben sich die reiblichste Mühe, in einer hohnspottenden Art und Weise die Stückpreise unter Nichtachtung tarifvertraglicher Vorschriften drücken zu wollen. Wenn es nach dem Herrn Pfeifer ginge, würde mancher Arbeiter bald klüger handeln, Erwerbslosenunterstützungsempfänger zu werden. Nächstens werden wir die Firma vor die Tarifinstanzen zitieren müssen. Schon in einer früheren Stellung in Reichenbach, zu der Zeit, als Herr Pfeifer „Ober“ wurde, soll er seine Haupttätigkeit auf Begehren den weiblichen Arbeiterinnen gegenüber verlegt haben, so daß der dortige Betriebsrat vorstellig werden mußte. Auch zwei Kolleginnen, die sich Pfeifer aus Reichenbach geholt hat, um sie zur Umstellung der Arbeit zu mißbrauchen, haben ein Haar in der Suppe gefunden. Die beiden Kolleginnen sahen sich den Spuk nur kurze Zeit mit an und kündigten. Diese Kolleginnen haben das Männlein durchschaut und die unwahren Angaben wahrgenommen. Der Hohnhüter Betrieb ist einer der ältesten Porzellanfabriken, und daher häufig sehr durcheinander. Hier Ordnung zu schaffen, damit die Belegschaft wirklich Platz zum Arbeiten hat, die Gänge von Kohlen und Kisten frei zu halten, wäre wahrhaftig eine bessere Aufgabe, die noch dazu den Wert vermehrter Rentabilität hätte, als nur die Preise und die Arbeitsfreudigkeit zu drücken. Wieviel Ware wird da bei den verschiedensten Transporten beschädigt, und was könnte davon nicht alles mehr verwertet werden, wenn im Betrieb Begegnung gehalten würde. Aber da kann man ja keine Menschen schikanieren und die Menschen sind doch schließlich dazu da, gegärt zu werden. Wenn solche Gesichtspunkte bei dem Oberdrehers maßgebend sind, dann kann die Betriebsleitung, der Betriebsrat und die Belegschaft sich noch so sehr anstrengen, ein einziger „Ober“ vermag mehr Schaden anzurichten, als sie alle zusammen gut machen. Vor einiger Zeit wollte der Mann kündigen, weil ihm die Firma glauben wollte, daß bei seinen Neben und seiner privaten Gehaltsberechnung die altersschwachen Waisen sich bedenklich neigten. Wir wissen nicht, was Wahres daran ist, aber wir wissen, daß der Oberdrehers Pfeifer noch recht viel, aber sehr viel lernen muß. Vor allem empfehlen wir ihm, das bekannte Werk von Knigge: „Ueber den Umgang mit Menschen“, zu lesen, damit er ein richtiger Oberdrehers und brauchbarer Mensch wird.

Literarisches.

Nachabino. Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben, von Karl Kuhl's. Dritte Auflage. Hamburg, Neuland-Verlag G. m. b. H. -- In erster und zweiter Auflage hatte Kuhl's seinen Roman „Das Monopol“ genannt, und zwar war damit das russische Schnapsmonopol während der Zarenherrschaft gemeint. Da jedoch dieser Titel beim Deutschen den trügerischen Eindruck erweckte, es handle sich hier um eine wirtschaftspolitische Abhandlung, sah sich der Verfasser veranlaßt, in der dritten Auflage seinem sozialen Roman einen anderen Titel zu geben. In „Nachabino“ wird uns in recht fesselnder Weise ein Ausschnitt aus dem russischen Volksleben, insbesondere über das Treiben des Schnapssteuereis gegeben. Die Auswirkungen des Fiskusgesetzes: Verschärfung der wirtschaftlichen Not, Herrichtung der Unruhe, Prostitution, Ausbeutung der Volksmassen durch den Staat mit Hilfe des Schnapsmonopols und politische Unterdrückung werden uns verknüpft mit dem Kampf zwei in Liebe zueinander entbrannten Menschen gegen Vorurteile und Hindernisse gegen ihre Verbindung geschildert. Die beiden sich Liebenden hat der Kampf gegen den Schnapssteuereis zusammengeführt. Sie, Natascha, schon in früher Jugend durch ihre Umgebung dem Alkoholsteuereis verfallen und durch die eigene Mutter der Prostitution in die Arme getrieben, wallfahrtet nach Nachabino, um durch ein Gelübde für immer sich vom Schnapsgenuss loszusagen. In Nachabino waltet der Rabe Vater Seregius seines Amtes. Er ist an diesen Ort wegen seines Kampfes gegen den Alkohol, insbesondere wegen seiner Kritik des Verhaltens und Treibens der Geistlichkeit und der staatlichen Behörden strafverurteilt worden. Anliebe von brennenswerten Alkoholikern wallfahrteten nach Nachabino zu ihm, um ihm unter Eid zu geloben, für eine selbstbestimmte Frist oder auch für immer des Alkohols zu entlassen. In Nachabino führt der Zufall Natascha mit Ducha, einem Gut- und Brennereibesitzer, zusammen. Ducha meint, daß mit der Einführung des Schnapsmonopols und durch die Verdrängung des Fusel Schnapses durch besseren „rektifizierten“ Schnaps dem russischen Volk gedient werden könnte. Er betreibt deshalb auch die Umstellung seiner Brennerei und läßt einen Rektifizier-Apparat aufstellen. Durch den Rabe Seregius und Natascha wird er überzeugt, daß seine Auffassung verfehlt ist, und er entschließt sich deshalb, den Rektifizier-Apparat nicht in Betrieb setzen zu lassen und die Brennerei einzustellen. Sie soll ein Erholungsheim für Alkoholiker werden. -- Nach Ueberwindung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hindernisse erfolgt die Trauung des Raates Natascha-Ducha durch den Vater Seregius. Am Hochzeitstage wird in Nachabino, wo die Trauung stattfand, die von der Regierung gegenüber dem „alten“ erichtete Monopolschnapsbude von den „neuen“ „provokaturs“ ausgestellten Säufern zerstört, um den Besitzern eine Handhabe zur Unterbindung der alkoholischen Tätigkeit des Vater Seregius zu bieten. -- Der Roman wird in Beschreibungen in Vergleich gestellt mit Arbeiter von Holz, Tschui und Dostojewski. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Gleichstellung mit diesen Arbeiten vollaus gerechtfertigt ist oder nicht. Wichtig ist auf jedem Fall: Der Roman gibt einen gut gelungenen Ausschnitt aus dem russischen Volksleben wogegen der Zarenherrschaft und ist pädagogisch geeignet. Er ist zu empfehlen. A. K.

Bekanntmachung.

Achtung, Schilbermalerei! Bei der Firmenschilbermalerei „Elite-Verkäufe“ und der Löwen-Brauerei in Köpenick, hängen bestehen Differenzen. Die beiden Betriebe sind für Schilbermalerei gesperrt. Die Branchenleitung. Berlin-Charlottenburg. Mit der Verschmelzung zum „Keramischen Bund“ innerhalb des RW muß auch die Abschaffung am 1. August erfolgen. Die Kollegen, die mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, bitte ich, diese bis dahin zu begleichen. Der Kassierer. Vom 31. Juli ab befindet sich unser Büro und der Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, in den Räumen des Verbandes der Fabrikarbeiter. Telefon: Moritzplatz 11 500-11 509. Der Geschäftsführer. Breslau. Den Mitgliedern nochmals zur besonderen Kenntnisnahme, daß am 1. August folgende Meldungen über Arbeitslosigkeit oder Krankheit und sonstige Unterhaltungsfälle unter „Keramischer Bund“ an das Büro der Fabrikarbeiter hier, Gewerkschaftshaus, im Neubau, zweite Etage, zu machen sind. Die Branchenleitung der Feinkeramik: Joh. Ertel.

Aufrufe!

Die Zahlstelle Breslau ersucht die Kollegen im Reich, für ihre drei Invaliden Kollegen Franz Lang, Karl Erbrich und Karl Hauch ein kleines Scherlein beizusteuern zu helfen, da die Kollegen schon über ein Jahr, der eine Kollege schon zwei Jahre, vollständig erwerbslos sind und auch nicht mehr ans Arbeiten zu denken ist. Die Zahlstelle hat die Kollegen schon öfter durch freiwillige Unterstützungen, auch durch Sammlungen in den Versammlungen unterstützt. Gelber sind zu senden an Johann Ertel, Breslau 10, Adlerstr. 9. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Der Kollege Franklin Humrich, zurzeit in der Heilstätte untergebracht, ist schon seit längerer Zeit krank und erwerbsunfähig, und aus allen Klassen angesteuert. Da er außerdem durch ein Schadenfeuer im Frühjahr d. J. seine gesamte Habe verloren hat, so befindet er sich mit seiner Familie in einer sehr bedrängten Lage. Wir richten deshalb an die Kollegen im Reich die Bitte, ein Scherlein zur Linderung der Not des Kollegen beitragen zu wollen. Etwaige Gelder wolle man an Kassierer Hugo Feinunger, Schackendorfer bei Kloster Weilsdorf, Thüringen, senden. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Hermsdorf. Unsere Mitglieder Frau Boser und Frau Gran, sowie Kollege Müdigler, sind seit Jahresfrist krank und in allen Klassen angesteuert. Soweit die Zahlstelle selbst menschlichen Verpflichtungen nachkommen konnte, ist dies geschehen. Doch die Notlage der drei genannten Verbandsmitglieder zwingt uns, an die Zahlstellen zu appellieren und um Unterstützung zu bitten. Unterstützungsbeträge wolle man an den Kollegen W. Martin, Gewerkschaftsbüro, Hermisdorf, Thür., senden. Zahlstelle Hermisdorf, Thür. S. A.: W. Martin.

Unser Kollege Wilhelm Salomon ist schon länger als ein halbes Jahr krank und angesteuert. Das Krankengeld ist ihm schon nach 4 Monaten entzogen worden, weil er Altersrente bekommt und als Invalide angesehen wird. Die diesjährige Zahlstelle ist nicht mehr in der Lage, ihn weiter zu unterstützen, da fast 50 Proz. der Mitglieder erwerbslos sind. So bitten wir die Kollegen im Reich, ihr Scherlein dazu beizusteuern, um unser altes Mitglied über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen. Spenden sind zu richten an den Kollegen Franz Sieb, Weikwasser D.-L., Gartenstr. 2.

Quittungen.

Für den kranken Kollegen Johann Frohmader gingen nachstehende Beträge ein: Schönwald, Schlierbach, Teltow je 5.-; Marktrebich 4.-; Annaburg, Golditz, Hennigsdorf, Hermisdorf, Al. Weilsdorf, Magdeburg, Marktlehnen, Kauenstein, Stadtlengsfeld, Tiefenfurt, Waldenburg, Walderhof je 3.-; Grünstadt, Kirchenlamitz, Meuselwitz, Tettau, Thierstein je 2.- Mt. Summa: 65.- Mt. Im Namen des Kollegen Frohmader allen Zahlstellen herzlichen Dank. Zahlstelle Arzberg. Hilmar Heinrich, Kassierer.

Für unsere kranken Koll. Anna Strauch und Ernst Richter gingen folgende Beträge ein: Arzberg 10.-; Magdeburg, Tiefenfurt, Spandau, Waldenburg, Golditz, Stadtlengsfeld, Schönwald, Teltow, Berlin, Hermisdorf je 6.-; Margarethenhütte 5.-; Kauenstein, Suhl, Meuselwitz, Tettau je 4.-; Eisenach, Kirchenlamitz, Koblau, Schwaben und Kloster Weilsdorf je 3.- Mt. Im Namen der Zahlstelle Annaburg, sowie der Kranken Strauch und Richter, besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Zahlstelle Annaburg, Gust. Böhm, Kassierer.

Für unsere kranken Kollegen Hugo Schwach, Paul Schmeißer, Gustav Choinakki (Aufruf Nr. 26 der „Ameise“), sind nachstehende Spenden eingegangen. Arzberg, Spandau je 15.-; Breslau, Teltow je 10.-; Annaburg, Golditz, Großhau, Magdeburg, Schönwald, Stadtlengsfeld, Tiefenfurt, Waldenburg je 9.-; Meuselwitz, Kauenstein, Weilsdorf je 6.-; Kirchenlamitz, Koblau je 4.- Mt. Summa: 148.- Mt. Im Namen der kranken Kollegen Hugo Schwach, Paul Schmeißer, Gustav Choinakki dankt die Zahlstelle Hennigsdorf allen opferwilligen Zahlstellen. Zahlstelle Hennigsdorf. Max Lau, Kassierer.

† Sterbetafel †

Fürtenberg. Wilhelm Berler, Hofarb., Woffen, geb. 24. 2. 1897, gest. durch Ertrinken, Organisiert seit 1925. Hohenberg. Andreas Fuchs, Brenner, geb. 14. 12. 1894, gest. durch Freitod, Organisiert seit 1919. Köppelsdorf. Hermann Koch, Maler, geb. 16. 2. 1883, gest. 16. 7. an Herzschwäche. Kobach (Steinfeld). August Stang, Gießer, geboren am 30. 10. 1908, beim Baden ertrunken. Organisiert seit 1923. Ehre ihrem Andenken!

Gold-Schmelzeanstalt Willy Ortel

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. -- Allerhöchste Preise. -- Sofortige Kasse. -- Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche je nach Qualität bis Mk. 1.70 bezahlt. (7/90)

42jähriger Dreher und Oberdrehers, firm in allen einschlägigen Arbeiten, durchaus selbstständig, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, passenden Wirkungskreis. Offerten erbitte unter „S. A.“ an die „Ameise“.

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldschmelzeanstalt / Begründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Altestes Einkaufsgeschäft dieser Art (4/30)

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. -- Verantwortlicher Red.: Edwin Nenninger, Charlottenburg I, Brabestr. 2-5. -- Verlag: Wilh. Herden, Charlottenburg I, Brabestr. 2-5. -- Druck: G. Sanitzschewski, Berlin S.O., Elisabethufer 28/29